



Von der Ausbreitung des Virus zur Ausbreitung der Proteste?

An vielen Ecken und Enden der Welt „brennt“ es wieder: Die Proteste in Belarus reißen nicht ab. Auch in Kirgistan haben Wahlfälschungen zu Unruhen geführt. Im Libanon muss eine Regierung nach der anderen zurücktreten. In Thailand wird die Monarchie in Frage gestellt. In Indien, einem der weltweit am stärksten von Corona betroffenen Länder, gab es Proteste gegen Vergewaltigungen und gegen das Kastensystem...

Vielfältige und hartnäckige Massendemonstrationen gegen Regierungen und Alleinherrscher gab es schon 2019. Inzwischen ist die Corona-Pandemie hinzugekommen, die nicht nur eine existenzielle Bedrohung darstellt, sondern vor allem die vorher schon bestehenden Probleme und die soziale Ungleichheit weltweit verschärft. Durch Lockdown-Maßnahmen und Wirtschaftseinbrüche werden überall die ärmsten Menschen am härtesten getroffen, während die Superreichen oft noch in der Krise profitieren können und die Staaten sie mit zig Milliarden unterstützen.

Israel: Massenproteste auch im Lockdown

In Israel ist die Infektionsrate bezogen auf die Bevölkerung eine der höchsten der Welt und es gibt seit Mitte September einen neuen Lockdown. Doch der hält Tausende Israelis nicht davon ab, gegen Premierminister Netanjahu weiterhin auf die Straße zu gehen. Er ist seit langem offiziell der Korruption angeklagt, klammert sich aber trotz dreier Parlamentswahlen innerhalb eines Jahres (!) weiter an die Macht. Netanjahu, der als rechter Hardliner die Entrechtung der PalästinenserInnen durch die angekündigte Annexion weiterer besetzter Gebiete verschärft, hat gehofft, dass die monatelangen Proteste, die sich gegen ihn richten, aber auch gegen die immer größeren sozialen Probleme in Israel, durch den Lockdown zum Stillstand kommen. Während Demonstrieren mit mehr als 20 Personen verboten ist und die Israelis ihre Häuser nur noch in einem Umkreis von 1 km verlassen dürfen, finden gerade unter den Ultrareligiösen, die zu Netanjahus Wählerbasis gehören, weiterhin Massengebete ohne Abstand statt, die zu „Superspreadern“ werden.

Auch deshalb waren an diesem Freitag und Samstag ein neues Mal Tausende DemonstrantInnen auf der Straße und riefen „Hau ab!“ Netanjahus Rechnung geht nicht auf!

Indonesien: Angriffe unter Corona-Deckmantel

Diese Woche kommen die schon zur Gewohnheit werdenden Bilder von Wasserwerfern und Tränengas aus Indonesien, der größten Wirtschaft Süd-

ostasiens. Arbeiter*innen und Student*innen sind in den Großstädten auf die Straße gegangen und haben sich Kämpfe mit der Polizei geliefert. Angesichts der Epidemie handelten die Behörden nur langsam. Die Zahl der Ärzte pro Einwohner ist etwa 20 Mal niedriger als der europäische Durchschnitt. Und Präsident Jokowi, der von der Presse manchmal als fortschrittlich dargestellt wird, erklärte das Land durch die Religion für immun gegen das Virus und empfahl Ingwer und Kurkuma als Heilmittel.

Wie auch anderswo werden die Kosten der Epidemie von den Ärmsten getragen. Sie dient auch als Vorwand, um Demonstrationen zu verbieten und im Handumdrehen die Sozial- und Umweltgesetze zu zerschlagen. Unter anderem zur Arbeitszeit, die um 4 Stunden pro Tag verlängert werden könnte. Der landesweite Mindestlohn und bezahlter Mutterschaftsurlaub sollen abgeschafft und Entlassungen erleichtert werden.

Diese Pläne gab es schon vor der Epidemie, doch letzten Montag wurde das Gesetz verabschiedet. Seitdem demonstrierten Zigtausende von Arbeitenden. Der indonesische Gewerkschaftsbund hat von Dienstag bis Donnerstag zum Streik aufgerufen und sprach von zwei Millionen TeilnehmerInnen bei den Kundgebungen. Auch wenn sich die Zahl nicht nachprüfen lässt, sind die DemonstrantInnen auf jeden Fall so zahlreich und entschlossen, dass ihre Zusammenstöße mit der Polizei auch die Gewerkschaftsführung erschreckt haben.

100 Millionen BewohnerInnen des Inselstaates müssen mit weniger als anderthalb Dollar pro Tag überleben. Dieser Teil der Arbeiterklasse – die zahlreich ist und seit mehreren Jahrzehnten in der Industrie, im Bergbau und im Dienstleistungssektor immer stärker wird – mobilisiert sich seit Jahren. Aktuell verteidigen sie sich gegen neue Angriffe. Werden sie in der Lage sein, allen Entrechteten eine Politik vorzuschlagen, um gemeinsam das zutiefst ungerechte Regime auszumerzen und ein anderes System durchzusetzen?

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Ultralein und ultrareich ganz nah beieinander

Die Beratungsgesellschaft PwC und die Bank USB haben berechnet, dass die Superreichen während der Corona-Pandemie noch reicher geworden sind. Die 2.198 Dollarmilliardäre, die es weltweit gibt, haben inzwischen ein Vermögen von 10,2 Billionen Dollar. Ein neuer Rekord. In Deutschland stieg das Vermögen der Superreichen seit März 2019 von 500,9 Mrd. Dollar auf 594,9 Mrd. Die kriminelle Vereinigung wuchs von 114 auf 119 Mitglieder an. Seit Ausbruch der Pandemie verdienten sie vor allem in den Bereichen Technologie (+ 46%) und Gesundheitswesen (+ 12%).

Mini-Virus und gigantische Vermögen – gegen beides brauchen wir ein Gegenmittel.

Ganz schlicht schleichend ins Schlichtungsverfahren

Hommel fasste die Tarifverhandlungen der EVG so zusammen: Das bringt der DB 1,1 Milliarden. Entsprechend sauer waren die Reaktionen der EVG-Kolleg*innen. Die Planungen des Verkehrsministerium zeigen aber als Ziel 1,85 Milliarden Einsparung bei uns. Dann sind eben jetzt die Fahrpersonale dran. Die Marschrichtung ist mit dem EVG-Abschluss klar. Teile und herrsche, einer nach dem anderen ist dran.

Aber was haben wir von der Schlichtung, die die GDL jetzt akzeptiert hat? Plötzlich herrscht ganz schön Stillschweigen, keine Fakten. Die Kerle aus dem GDL-Vorstand, die erst noch so laut gegen EVG und DB polterten, sind zahme Kätzchen geworden und akzeptieren ohne murren die Schlichtung?

Es wäre nicht das erste Mal, dass wir von „Ergebnissen“, die uns gar nicht in den Kram passen, überrascht würden.

Wir sind gefahren, wir haben unseren „Beitrag“ geleistet! Mischen wir uns ein.

Gleichberechtigung für Frauen? Es gibt noch viel zu tun!

Die DB soll künftig die Frauenquote erhöhen und Gleichstellungsbeauftragte einstellen, so lautet ein neuer Gesetzentwurf. Der Vorstand wehrt sich, denn Achtung!... das sei „mit erheblichen negativen Auswirkungen verbunden“.

Ach herrje, der Vorstand, der diesen Quatsch geschrieben hat, hat dringend ein paar Lektionen zu diesem Thema nötig!

Starke Schiene unterbrochen

Auch nach mehreren Tagen Streckensperrung wegen des Anschlags und dem Kabelbrand überraschen Arbeitsaufträge mit stoischer Ignoranz der Situation. Wie, heute immer noch Chaos? Ach, die geplante Pause geht nicht? Mal abwarten, ob Tf genügsam genug sind, das Wirrwarr

hinzunehmen?...

Es ist Sache des Unternehmens vorzusorgen, dass auf solche Ereignisse schnell reagiert wird, indem Leute vor Ort geschickt werden, um den Fahrgästen die Wege zu den Bussen zu zeigen, und unsere Arbeitsaufträge schnell anzupassen. Aber dafür braucht es natürlich Leute und Willen...

Streik bei der BVG

Nach einem halben Tag Streik folgte kurz später ein ganzer. Und wir sollten auf weitere Streiktage gefasst sein. Der Arbeitgeberverband mauert. Die BVG-ler haben nicht weniger Gruselgeschichten über ihre Arbeitsbedingungen zu erzählen als wir. Vor allem die Arbeitszeit ist zu hoch. Sie wollen, dass die Wochenarbeitszeit für alle von 39 auf 36,5 gesenkt wird. Auch die Überstunden sind viel zu viel. Die Wendezeiten sind zu knapp. Und nach den Kürzungsrunden, die es vor mehreren Jahren mal gegeben hat, sind die Löhne völlig im Keller. Das macht alle sauer.

Alle Räder stehen still, wenn der Mechatroniker es will! Voilà, Recht haben sie!

Die neue Verkaufsmasche: grün

Viel Prominenz war aufmarschiert, um Cottbus als künftigen Standort der „Superlative“ zu preisen. Die Gockel verkündeten, dass das Werk künftig ICE-Züge warten und ab 2026 Diesel- zu Hybridzügen umrüsten und instandhalten soll. Und wer bezahlt? Der „Steuerzahler“, also wir. Diesmal nennt sich der Topf, aus dem die Kohle fließt, „Strukturstärkungsgesetz“ - das sind 40 Mrd. Euro, angeblich wegen Kohleausstieg und für den Kampf gegen Klimawandel.

Cottbus wurde in den letzten Jahren krass runtergefahren, die Kolleg*innen durch Berlin und Brandenburg geschubst, immer musste man damit rechnen, dass das Werk ganz schließt. Mit dieser Drohung setzte Regio eine Menge Schweinerein bei den Arbeitsbedingungen durch.

Und jetzt halten sie die Hand auf. Mit dem nötigen Kampf gegen Klimawandel und Kohleausstieg hat das nichts zu tun.

Augen zu und durch?

Report Mainz fiel eine interne Mitarbeiterbefragung bei DB Netz in die Hände: waren nicht so viele gute Nachrichten drin. "Stellenweise drohen Chaos und Zusammenbruch", Anlageninspektion und -pflege seien nicht einmal mehr im absolut notwendigen Minimalumfang erfüllbar.

Die Reaktion der DB? Erstens: das sei nur eine subjektive Sicht. Zweitens: Der überwiegende Anteil der Aussagen (...) konnte einer internen Überprüfung (...) nicht standhalten. Und als Fazit: "Wir haben unser Berichtswesen verändert."

Ja, das wird helfen.

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

flugblatt_bahn@gmx.de || www.zugfunke.sozialismus.click || facebook: RSO Deutschland